

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Halbjährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34, bei den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark, frei in's Haus 2 Mark.

# Thorner

Insertionsgebühr

die 5gepaltene Zeile oder deren Raum 10 Pf. Annoncen-Aannahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34, Heinrich Res, Koppernussstraße.

# Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Aannahme auswärts: Straßburg: A. Fuhrich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpfe. Graudenz: Der „Gesellige“. Bautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Auster.

Expedition: Brückenstr. 34, part. Redaktion: Brückenstr. 34, I. St. Fernsprech-Anschluß Nr. 46. Inseraten-Aannahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Aannahme auswärts: Berlin: Haasenfein und Bogler, Rudolf Mosse, Invalidentank, G. L. Daube u. Ko. u. sämmtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a./M., Nürnberg, München, Hamburg, Königsberg etc.

## Deutsches Reich.

Berlin, 20. Dezember. Der Kaiser empfing am Mittwoch im alten Palais in Potsdam den russischen Gesandten Swetschin, welcher die Notifizierung der Unbestätigung Kaiser Nikolaus II. überbrachte, kaiserlicher Audienz. Der General war von seinem Rittmeister der russischen Gardehusaren vom russischen Militärattaché Prinzen Salatiel begleitet. Ein Flügeladjutant hatte von der Wildparkstation abgeholt und in dem neuen Palais begleitet, wo im Hofe eine Kompanie aufgestellt war. Der Audienz hatte auch der Staatssekretär des Aeußeren, Hr. von Marschall, bei. Nach der Audienz waren die Herren beim Kaiser zur Frühstücksel geladen.

Der Herzog von Meiningen ist einem Augenleiden erkrankt, das jedoch nur übergehender Art ist.

Das Staatsministerium trat am Mittwoch Nachmittag 5 Uhr unter Vorsitz des Fürsten Hohenlohe zu einer Sitzung zusammen.

Auch die „Nationalztg.“ wendet sich gegen die Forderung einer Erhöhung des Reichskanzlergehalts, die sie als im gegenwärtigen Reichstag nicht durchsetzbar erachtet. Die Bewilligung von 100 000 Mark jährlich oder auch nur eines Theils dieser Summe für den höchsten Reichsbeamten würde einer Zeit, wo Kulturaufgaben ersten Ranges vorzuziehen sind, gefördert werden könnten, in weiten Volkskreisen Gegenstand von Erörterungen werden, die zur Festigung der Staats-Gesellschaftsordnung keineswegs beitragen könnten.

In der „Volksztg.“ wird von einer ungenügenden Lehrerzahl anerkanntermaßen verdienten Seite vor dem in Lehrerkreisen gemachten Vorschlag gewarnt, eine Deputation zum Kaiser wegen des Lehrerbefolgungsgesetzes zu senden, da eine solche Petition den Ministern gerade im gegenwärtigen Augenblicke aus mehr als einem Grunde unerwünscht sein würde.

Nach der jüngsten Äußerung des Ministers v. Bötticher gegenüber dem Abgeordneten Richter soll die Gegenzeichnung über die Entlassung des Fürsten Bismarck durch den Nachfolger desselben, den Grafen Caprivi, geschehen sein. Die „Hamb. Nachr.“ erinnert daran, daß Fürst Bismarck im April oder Mai nach seiner Entlassung in Friedrichruh sich dahin ausgesprochen hat, daß seine Entlassung überhaupt nicht kontrahiert sei. Nach dem, was bisher über den Hergang am 20. März 1890 bekannt wurde, ist diese Ueberzeugung des Fürsten damals vielleicht die richtige gewesen, und man darf wenigstens aus ihr schließen, daß er selbst eine Kontrahierung seiner Entlassung nicht gesehen hat. Die Mittheilungen, welche ihm über die kaiserliche Entschliessung am 20. März zugehen, wurden ihm bekanntlich durch die beiden Chefes des Zivil- und Militärkabinetts in verriegelter Ordreform überbracht, die eine die Entlassung aus den Zivilämtern, die andere die Beförderung zum Generalobersten enthaltend. Es ist kaum anzunehmen, daß die beiden Rabinetschefs auf dem Wege vom Schlosse zum Kanzlerpalast einen Minister oder den designierten Nachfolger des Kanzlers aufgesucht hätten, um vor der Insignation der Dokumente die Kontrahierung herbeizuführen.

In den ersten Monaten des nächsten Jahres werden die Provinzial-Landtage zusammentreten. Diese Tagung bezweckt insbesondere auch die Begutachtung über die Frage herbeizuführen, ob und unter welchen Umständen die Landwirtschaftskammern in der betreffenden Provinz einzuführen sind. Die Vorverhandlungen über die Einrichtung der Kammern und die denselben zu gebenden Satzungen, welche unter Leitung der Oberpräsidenten der betreffenden Provinzen von Vertrauensmännern und Delegirten der landwirtschaftlichen Zentralvereine vorgenommen worden sind, haben ihren Abschluß erreicht, so daß die Angelegenheit für

die Begutachtung der Provinziallandtage spruchreif geworden ist.

Ein neues Stempelsteuergesetz wird dem preussischen Landtag in der nächsten Session sicher vorgelegt werden. Es handelt sich hierbei keineswegs um eine Korrektur veralteter Fassungen in dem preussischen Stempelsteuergesetz von 1822, sondern um eine ganz erhebliche Mehrbelastung des Geschäftsverkehrs. Es heißt sogar, daß Minister Miquel versuchen will, den in der Reichstags-Steuerkommission fast einstimmig abgelehnten Quittungstempel als Bundesstempel einzuführen.

Es ist charakteristisch, daß dieselben nationalliberalen und freikonservativen Blätter, welche das passive Verhalten einiger sozialdemokratischer Abgeordneter bei dem Hoch auf den Kaiser mit den schärfsten Worten verurtheilten, sich nicht entblöden, jetzt Tag für Tag Beleidigungen gegen den Reichstag aus Anlaß der Verhandlungen der letzten Tage zu schleudern. Wenn englisches Recht und englische Praxis maßgebend wäre, so müßte der Reichstag durch seine Exekutivbeamten die betreffenden Redakteure in Haft bringen lassen. Es würde alsdann eine häßliche Gesellschaft von Nationalliberalen und Konservativen zusammenkommen.

Der „Babische Beobachter“, ein Centrumsblatt, bringt, wie der „Voss. Ztg.“ aus Mannheim darüber geschrieben wird, eine offenbar von dem Reichstagsabgeordneten v. Buol-Berenberg herrührende Zuschrift, in der es heißt, das Zentrum habe einstimmig beschlossen, die Umstrukturierung der Reichstagsverwaltung abzulehnen, aber eine bestimmtere Fassung in manchen Einzelbestimmungen zu verlangen. Der Artikel 132 sei in seiner jetzigen Fassung unannehmbar.

Ueber die letzte Zuckerkampagne, also über die Zeit vom 1. August 1893 bis 31. Juli 1894, ist soeben in dem neuen Vierteljahrsheft der amtlichen Statistik des Deutschen Reiches der Bericht erschienen, welcher in klarer Weise darthut, wie einzig und allein die Ueberproduktion an Zucker den Preisrückgang herbeigeführt hat. Diese Ueberproduktion ist in der neuen Kampagne, deren Verarbeitung erst begonnen hat, noch ganz außerordentlich gesteigert worden, wie dies Abg. Richter im Reichstage am vorigen Freitag dargelegt hat.

Möglich ist es, schreibt der „Reichsbote“, daß die Getreidepreise im Laufe des nächsten Jahres sich wieder heben werden. Die Gesamtwelternte von Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais wird für 1894 auf nur 2992,8 Millionen Hektoliter geschätzt gegen 3166,8 im Vorjahre und 3132 im Jahre 1891. Wenn diese von den „Corn Trade News“ aufgestellten Zahlen stimmen, so ergäbe die diesjährige Ernte gegen die vorjährige einen Ausfall von 174 Millionen Hektoliter. Nichtsdestoweniger müßte man dem Steigen der Preise nachzuhelfen suchen, indem man die auswärtige Konkurrenz beschränke.

Eine Deputation der wissenschaftlichen Lehrer von 77 öffentlichen höheren Mädchenschulen Preußens überreichte Ende November dem Kultusminister eine Petition um Gleichstellung mit den wissenschaftlichen Lehrern der höheren Knabenschulen. Der Minister erkannte nach der „Schles. Ztg.“ die Disparität der Behandlung rückhaltlos an und erklärte sich bereit, einer amtlichen Feststellung dieser Verhältnisse näher treten zu wollen.

Vom Schwurgericht in Würzburg wurde kürzlich der antisemitische Agitator, Landesproduktenhändler Karl Zöllner, wegen betrügerischen Bankrotts zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurtheilt. Das Plaidoyer des Staatsanwalts, welcher vier Jahre Zuchthaus beantragt hatte, enthält folgende interessante Stelle, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen: „Unter dem Schutze des Schildes reinen Deutschtums und der Devise der Bekämpfung der Korruption wurden von dem Angeklagten Schurkereien verübt, wie sie ähnlich groß mir in meiner

Praxis noch nicht vorgekommen sind.“ Die antisemitischen Zeitungen nehmen natürlich von dieser Ausführung keine Notiz.

In einem der Berliner Anarchistenprozesse am Dienstag (ihrer drei fanden gleichzeitig vor verschiedenen Strafkammern statt), erklärte der Staatsanwalt Benedix, daß das Anarchistenblatt „Der Sozialist“ auf dem Aussterbeort stehe. Die Nummer vom nächsten Donnerstag oder Sonnabend werde wohl die letzte sein; es sei gelungen, das Blatt unschädlich zu machen. Da dies selbstverständlich nur mit Anwendung gesetzlicher Mittel geschehen konnte, so hat man nach der Angabe des genannten Staatsanwalts den Beweis vor sich, daß die vorhandenen im Strafgesetzbuch und im Reichspressgesetz niedergelegten Strafmittel hinreichen, um die Auswüchse einer verbrecherischen Agitation zu bekämpfen. Wäre schon früher so energisch gegen den „Sozialist“ eingeschritten worden, dann hätte man uns die grundlose Beschwerde ersparen können, daß die Staatsgewalt ohnmächtig gegen den Unfug der Anarchistenpresse sei.

Der Jahresbericht über die Unfallversicherung für 1893 ist dem Reichstage vorgelegt worden. Die Anzahl sämtlicher zur Anmeldung gelangten Unfälle betrug im Jahre 1893 264 130 gegen 236 265 im Vorjahre. Die Anzahl derjenigen neuen Unfälle, für welche im Jahre 1893 Entschädigungen festgestellt wurden, beläuft sich auf 62 729 gegen 55 654 im Vorjahre. Bekanntlich liegt die Entschädigungspflicht für Unfälle, welche eine Minderung der Erwerbsfähigkeit nicht über 13 Wochen zur Folge haben, den Krankenversicherungsanstalten und nicht den Unfallversicherungsanstalten ob. Unter den Unfällen, welche die Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden angehen, waren 6336 mit tödlichem Ausgang gegen 5911 im Vorjahre, 2507 hatten eine dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge gegen 2664 im Vorjahre. Die Zahl der von den getödteten Personen hinterlassenen entschädigungsberechtigten Personen betrug 4125 (3947) Wittwen, 8400 (7660) Kinder und 238 (228) Ascendenten. Das erhebliche Wachsthum der Zahl der Unfälle ist um so beachtenswerther, als die Zahl der versicherungspflichtigen Personen nicht entfernt in demselben Maße gestiegen ist. Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter ist überhaupt nicht bekannt. Die Zahl der bei den Berufsgenossenschaften versicherten Personen betrug 5 100 661 gegen 5 078 132 im Vorjahre. Es dürfte doch geboten sein, die Ursache der Vermehrung der Unfälle zum Gegenstand besonderer Erhebungen machen.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Die Reise des ungarischen Ministerpräsidenten nach Wien soll ohne jede hochpolitische Bedeutung sein. Der „Budapester Korrespondenz“ zufolge begeben sich der Ministerpräsident Dr. Beklerle und der Handelsminister Baron Lukacs Donnerstag Abend zu mehrtägigem Aufenthalt nach Wien, um mit dem Finanzminister v. Plener und dem Handelsminister Graf Wurmbrand über die Frage der Verstaatlichung der Südbahn zu berathen. Dieselbe Korrespondenz erklärt gleichzeitig, die an die Reise Beklerles geknüpften Kombinationen betreffs einer Krise seien vollständig grundlos. Zu diesen „Kombinationen“ gehört u. a. die Meldung, Beklerle werde am Donnerstag in Wien das Entlassungsgesuch des gesammten Rabinets einreichen. Dagegen versichert der „Pester Lloyd“, ein Blatt, welches auch Beziehungen zur ungarischen Regierung hat, daß in der inneren politischen Lage eine Wendung eintreten dürfte. Ministerpräsident Dr. Beklerle werde am Donnerstag vom König empfangen werden, um über die Lage Vortrag zu halten. Die bisher latente Krise dürfte sich zu einer akuten gestalten, die endgiltige Entscheidung jedoch für die allernächsten Tage kaum zu erwarten sein. Es darf vielmehr mit großer

Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die Entscheidung erst nach den Feiertagen, vermuthlich erst nach Neujahr, erfolgen werde, da der König die Feiertage im engsten Familientreise außerhalb Wiens zubringen gedenkt.

Ein bisher noch nicht dagewesener Fall kam am Dienstag im österreichischen Abgeordnetenhaus vor. Der Präsident v. Schumacher erklärte die Sitzung plötzlich als geheim. Ein antisemitischer Abgeordneter wollte zur Begründung einer Interpellation einen fanatischen Brandartikel gegen die Juden verlesen. Der Präsident erklärte auf Grund der Hausordnung die Sitzung als geheim, um Ausschreitungen vorzubeugen; die Galerien wurden geräumt und dann der Artikel verlesen.

### Rußland.

Die Krönung des Kaiserpaars wird nach den bisherigen Bestimmungen im April 1896 stattfinden. Der Kaiser und die Kaiserin begeben sich nach Nischni Nowgorod, um die für 1896 in Aussicht genommene Nationalausstellung zu eröffnen.

### Italien.

Die „Riforma“ meldet, die Senatskommission habe einstimmig beschlossen, die Giolitti'schen Dokumente gänzlich unberücksichtigt zu lassen, theils wegen ihres Inhalts, theils deswegen, weil Giolitti den Ursprung der Schriftstücke nicht nenne. Der „Janulla“ berichtet, die Untersuchung in dem Prozeß Crispi's und seiner Gemahlin gegen Giolitti schreite rasch fort. Bisher seien bereits die Mitglieder der Fünfer Kommission der Deputirtenkammer und Tanlongo verhört worden. Von Martuscelli, der seiner Zeit die Hauszuchung bei der Banca Romana vorgenommen habe, sei gestern eine Klage gegen Giolitti wegen Mißbrauchs von Dokumenten eingereicht worden.

### Griechenland.

Die volkswirtschaftliche Weisheit der Staatslenker hatte bekanntlich jüngst in der Kammer die Annahme einer Vorlage mit 74 gegen 69 Stimmen durchgebrocht, wonach ein Theil der Korinthenernte zur Erzielung höherer Preise von Staatswegen vernichtet werden sollte. Jetzt kommt die Meldung, daß die Deputirtenkammer nach lebhafter Diskussion mit 63 gegen 45 Stimmen die Vorlage ablehnte, nach welcher ein Theil der Korinthenernte zurückgehalten werden soll. Aus der summarischen Fassung dieser Meldung geht nicht recht hervor, um was es sich bei dieser neuen Vorlage eigentlich gehandelt hat. Es scheint eine Abschwächung des früheren Beschlusses beabsichtigt gewesen zu sein, denn vom bloßen „Zurückhalten“ bis zum „Vernichten“ ist es doch ein ziemlich weiter Schritt.

### Amerika.

Eine Verschwörung gegen die Republik Hawaii, deren Zweck die Wiedereinsetzung der Königin Liliuokalani war, ist nach der „Voss. Ztg.“ von der Regierung entdeckt und vorläufig verwickelt worden. Ein amerikanischer Zeitungsberichterstatler Namens Wetmore, bis vor Kurzem in der Redaktion des Regierungsorgans „Advertiser“ beschäftigt, war heimlich in den Anschlag verwickelt, und als er in Folge seiner Verbindung mit dem Regierungsblatt rechtzeitig Witterung von den Entdeckungen der Regierung erhielt, soll er der letzteren Geständnisse abgelegt haben. Thatsächlich wurde er vor den Justizminister gerufen und kurz darauf mit dem San Franzisko-Dampfer in die Verbannung geschickt. Es ist ein offenes Geheimniß, daß bedeutende Waffensendungen aus den Vereinigten Staaten, die vermuthlich die letzten Abgefandten der Königin dort bestellten und bezahlten, auf Dampfschiffen eingeschmuggelt und unter die Königlichen vertheilt worden sind. Die Regierung hat nach der Entdeckung des Anschlags die Wachen und Zahl der Spione, die den Bewegungen der besonders verdächtigen Royalisten nachspürten, verdoppelt.

Provinzielles.

Schulz, 19. Dezember. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde über Einführung neuer indirekter Steuern, Erhöhung bestehender indirekter Steuern, Feststellung des Prozentfußes der nach den Realsteuern und der Staatsseinkommensteuer aufzubringenden Gemeindeabgaben beraten.

Danzig, 18. Dezember. Nach einem Telegramm aus Zürich ist dort eine Danzigerin, Fräulein Anna Malenroth, zum Doktor der Rechte promovirt worden.

Carthaus, 18. Dezember. Ein dreifaches Attentat ist in einer der letzten Nächte von einem Wildbiid gegen einen Forstschußbeamten verübt worden.

Stawow, 18. Dezember. Als kürzlich eine hiesige junge Dame, Fräulein B., die über den Fluß Slumia fahrende Brücke passirte, bemerkte sie dort eine dem Arbeiterstande angehörende Frau, die bemüht war, das ältere der sie begleitenden Kinder in den Fluß zu werfen.

Königsberg, 18. Dezember. Dem „Lebensmüden“ Selbstbriefftaubanten Baderwerper scheint man bereits auf der Spur zu sein. Einen hier aus Außenland angekommenen Brief, der einen Paß für einen solchen Reisenden enthalten hat, hat B. unterzogen und den Paß allem Anscheine nach zu seinem Nutzen verwendet.

Chronik.

Thorn, 20. Dezember. [Stadtverordnetenversammlung] vom 19. Dezember, Nachmittags 3 Uhr. Anwesend sind die Herren Oberbürgermeister Dr. Rohli, Bürgermeister Stachowicz, Syndikus Kelsch, Stadtrath Richter und 30 Stadtverordnete.

mit Frau Trykowski (550 Ml. p. a.) auf ein Jahr zu verlängern, der Ausschuß erklärt sich damit nicht einverstanden; da Frau T. die Arbeiten schon eine Reihe von Jahren habe ausführen lassen, sei es an der Zeit, dieselben auch wieder einmal zur öffentlichen Ausschreibung zu bringen.

Die Aufnahme des Sohnes eines Försters in eine Provinzialheilanstalt wird auf Kosten der Kommune genehmigt und ein jährlicher Beitrag von 70 Ml. zur Pflege desselben bewilligt.

Der Verkauf des Zwingergrundstücks Neustadt Nr. 322 auf fünf Jahre für den Pachtzins von 500 Ml. an Herrn Gerfon wird zugestimmt.

wenn die Kasse angewiesen wird, keinen Pfennig über die bewilligten Kosten zu zahlen, und behält sich einen diesbezüglichen Antrag für die nächste Sitzung vor. Herr Wolff erklärt dies ebenfalls für notwendig und stellt den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die motivirte Rechnung der Artushofbankasse in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten vorzulegen; der Antrag wird einstimmig angenommen.

diesem gemietete Rathhausgewölbe zum 1. April 1895 zu kündigen und für diese Zwecke zu nutzen. Der Ausschuß stimmt diesem Antrag nicht zu, da anderweitig noch genügend Räume vorhanden seien und man einen Mietheausfall von 600 Ml. jährlich nicht entbehren würde.

[Militärisches.] v. Tschudi, General-Major und Inspektor der 2. Infanterie-Brigade in Genehmigung seines Abschiedsgeheimers, zur Disp. gestellt. v. Damdron, Oberst-Lt. und Bats. Kommandeur vom 3. Regt. von der Marwitz (8. Pomm.) Nr. 60, als etatsmäß. Stabsoffizier in das Inf. R. Markgraf (7. Brandenburg.) Nr. 60 ver. Wegner, Major aggreg. dem Inf. Regt. der Marwitz (8. Pomm.) Nr. 61, als B. Kommandeur in das Regt. einrangiert.

[Politisches.] Sonntag, den 23. Dezember sind die Postschalter wie an Werktagen geöffnet, desgleichen findet die Paketbesetzung und die Landbestellung wie an Wochentagen statt (dagegen die Brief- und Geldbestellung wie sonst an Sonntagen).

[Strafammer.] In der gestrigen Sitzung wurde gegen den Arbeiter Ludwig Zielinski und dessen Ehefrau Anna geb. Olzewska aus Friederichshof wegen Bigamie verhandelt.

[Theater.] Das gestrige Benefizium von Frau Rosewitz, zu welchem diese das Lustspiel „Spielt nicht mit dem Feuer“ gewählt hatte, war leider nur recht schwach besucht, doch ließen sich hierdurch die Darsteller nicht abhalten, wiederum ihr Bestes zu geben.



